



# HESSISCHER LANDTAG

11. 12. 2012

Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Bekämpfung der Cyber-Kriminalität in Hessen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag begrüßt, dass die Landesregierung bei der Bekämpfung der Computerkriminalität dem Beispiel anderer Länder (z.B. Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg) folgend in diesem Jahr beim Hessischen Landeskriminalamt (HLKA) eine Fachabteilung geschaffen hat, in der Polizeibeamte, IT-Experten und Fachingenieure zur Unterstützung für die Ermittlungen der Polizei zur Verfügung stehen. Allerdings dürfen sich die Bekämpfungsstrategien nicht nur auf eine Know-how-Vermittlung des HLKA und die bestehenden Fachkommissariate beschränken, sondern auch die Polizeibeamten vor Ort müssen im Rahmen der Aus- und Fortbildung in die Lage versetzt werden, bereits bei der Anzeigen- und Vorgangserfassung zielgerichtete Maßnahmen zur Bekämpfung von Straftaten, die mit oder gegen Computer begangen werden, einzuleiten, ohne dass wertvolle Zeit verloren geht.
2. Der Hessische Landtag hält es für dringend erforderlich, dass neben der technischen und fachlichen Fortentwicklung der Polizei bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität auch umfassende Beratungsangebote für die Wirtschaft vorzuhalten sind, um insbesondere Wirtschafts- und Datenspionage vorzubeugen und zu bekämpfen. Dies ist aufgrund der meist IT-gestützten Produktions- und Entwicklungsprozesse und der technischen Verarbeitung von Kunden- und anderen Geschäftsdaten zum Erhalt und Schutz des Wirtschaftsstandortes Hessen unbedingt voranzutreiben und weiterzuentwickeln.
3. Der Hessische Landtag hält es für unumgänglich, dass auch die Medienkompetenz der Bevölkerung auf vielfältige Weise gestärkt werden muss, damit deren Verantwortungsbewusstsein und die Sensibilisierung im Umgang mit neuen Medien und der Preisgabe eigener persönlicher Daten gesteigert werden können.
4. Der Landtag hält es für erforderlich, dass die Landesregierung, eine landesweite Aufklärungskampagne zum Datenschutz entwickelt, die insbesondere folgende Elemente enthalten sollte:
  - Die Hervorhebung der Bedeutung des Schutzes der Privatsphäre für ein freiheitliches Leben und die demokratische Ordnung.
  - Eine Aufklärung über die Gefahren, die mit einem leichtfertigen Umgang mit persönlichen Daten im Internet und außerhalb des Internets verbunden sind.
  - Hinweise für einen effektiven Datenschutz im privaten Bereich sowie Hinweise über Rechte und Möglichkeiten zum Schutz der eigenen Privatsphäre und zur Abwehr von Beeinträchtigungen der eigenen Interessen.
  - Die Verdeutlichung, dass die Nutzerinnen und Nutzer des Internets nicht nur Rechte haben, sondern sie auch Pflichten treffen, dass sie Rechte anderer zu achten haben und ihr eigenes Verhalten moralischen Kategorien genügen sollte.

Dabei sollten auch gemeinsam mit dem Hessischen Datenschutzbeauftragten Hilfestellungen für die Eltern von Schülerinnen und Schülern entwickelt werden, um diese im Verhältnis zu ihren Kindern und deren Umgang mit neuen Medien zu unterstützen. Schließlich ist auch der Einsatz von sogenannten "Internet-Mediencoaches" zur Stärkung der Medienkompetenz zu erreichen.

Wiesbaden, 11. Dezember 2012

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**